

vorging, selbst wenn das Abstreiten widersinning wäre, daß man es zum Teil als patriotisches Gefühl beschreiben könnte. Wir wissen, was nationale Parteien und Bewegungen in die Motive jener Mitglieder der Nation hineinlesen, von denen sie unterstützt werden, aber wir wissen nicht, welches die wirklichen Bedürfnisse der Kunden sind, wenn sie die Kollektion ganz verschiedenartiger Waren kaufen, die ihnen von den Vertretern einer nationalen Politik als verschnürtes Paket angedient werden. Gelegentlich sehen wir ziemlich deutlich, welche Parteien aus dem Angebot sie verschmähen – im Fall des irischen Volkes zum Beispiel die allgemeine Einführung der gälischen Sprache –, doch sind solche stillschweigenden Entscheidungen zu Einzelpunkten selten möglich. Wir laufen ständig Gefahr, Menschen zu benoten aufgrund eines Lehrplans, nach dem sie nicht studiert haben, und eines Examens, dem sie sich nicht unterziehen.

Deuten wir beispielsweise die Bereitschaft, fürs Vaterland zu sterben, als Zeichen des Patriotismus, eine Auffassung, die völlig einleuchtend erscheint und zu der Nationalisten und nationale Regierungen aus verständlichen Gründen geneigt haben. Dann müßten wir erwarten, daß die Soldaten Kaiser Wilhelms und Adolf Hitlers, die vermutlich dem nationalen Aufruf bereitwilliger gefolgt sind, tapferer gekämpft haben als die Hessen im 18. Jahrhundert, die von ihrem Fürsten als Söldner vermietet wurden und vermutlich weniger kampfbegeistert waren. Aber taten sie das wirklich? Und kämpften sie besser als beispielsweise die Türken im Ersten Weltkrieg, die man zu dieser Zeit wohl noch nicht als nationale Patrioten bezeichnen kann? Oder als die Gurkhas, die unstreitig weder von einem britischen noch einem nepalesischen Patriotismus getrieben waren? Solche reichlich absurden Fragen sollen keine Antworten provozieren oder zu Forschungshypothesen anregen, sondern lediglich die Dichte des Nebels andeuten, der Fragen über das Nationalbewußtsein der einfachen Männer und Frauen umgibt, vor allem in den Jahrzehnten, bevor der moderne Nationalismus zweifellos zu einer massenpolitischen Kraft wurde. Bei den meisten Nationen, auch in Westeuropa, geschah dies erst ziemlich spät im 19. Jahrhundert. Zu dieser Zeit wurden wenigstens die zur Entscheidung anstehenden Alternativen klar, wenn auch nicht, wie wir sehen werden, ihr Inhalt.

III. Kapitel

Nationalismus von oben

Erheben wir uns nunmehr aus den Niederungen des einfachen Volkes hinauf zu den Gipfeln, von denen aus die Herrscher über Staaten und Gesellschaften nach 1789 die Fragen der Nation und Nationalität betrachtet haben.

Der typische moderne Staat, der seine Gestalt im Zeitalter der Französischen Revolution angenommen hat, wengleich in manchen Zügen vorweggenommen durch Entwicklungen in den europäischen Fürstentümern des 16. und 17. Jahrhunderts, war in mehrfacher Hinsicht etwas Neuartiges. Er war definiert als ein (vorzugsweise einheitliches, zusammenhängendes) Territorium, über dessen gesamte Einwohnerschaft er herrschte, durch klar festgelegte Landesgrenzen von anderen derartigen Territorien getrennt. Politische Herrschaft und Verwaltung erfolgten unmittelbar und nicht über vermittelnde Systeme von Herrschern und autonomen Körperschaften. Dieser Staat war nach Möglichkeit bestrebt, auf dem gesamten Territorium dieselben institutionellen und administrativen Ordnungen und Gesetze durchzusetzen, nach dem Zeitalter der Revolution allerdings keine mehr von religiöser oder sonstiger weltanschaulicher Art. Und in wachsendem Maße sah er sich genötigt, die Meinungen seiner Untertanen oder Bürger zur Kenntnis zu nehmen, da seine politischen Einrichtungen ihnen ein Mitspracherecht einräumten – im allgemeinen durch auf unterschiedliche Weise gewählte Vertreter – und/oder weil der Staat in anderer Hinsicht auf ihre praktische Zustimmung oder ihre Mitarbeit angewiesen war, zum Beispiel als Steuerzahler oder Wehrpflichtige. Kurz, der Staat herrschte über ein territorial bestimmtes »Volk« und tat dies als höchstes »nationales« Organ der

Herrschaft über sein Territorium, wobei seine Stellvertreter mit der Zeit sämtliche Bürger bis hin zum bescheidensten Bewohner des kleinsten seiner Dörfer erreichten.

Im Lauf des 19. Jahrhunderts wurden diese Eingriffe in »modernen« Staaten so universell und zu etwas so Alltäglichem, daß eine Familie schon an einem äußerst unzugänglichen Ort leben mußte, wenn nicht das eine oder andere ihrer Mitglieder regelmäßig mit dem Nationalstaat und seinen Dienern in Berührung kommen sollte: durch den Briefträger, den Dorfpolizisten oder Gendarmen und schließlich durch den Dorfschullehrer; durch die Bediensteten der Eisenbahn, sofern diese nicht privat betrieben wurde; gar nicht zu sprechen von den Kasernen und Garnisonen und den kaum zu überhörenden Militärkapellen. In wachsendem Maße verschaffte sich der Staat einen Überblick über jeden seiner Untertanen und Bürger durch die Einführung regelmäßiger Volkszählungen (die erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts zu einer allgemeinen Einrichtung wurden), durch die – zumindest theoretisch bestehende – allgemeine Schulpflicht und durch die allgemeine Wehrpflicht dort, wo sie möglich war. In Staaten mit einem gut funktionierenden Beamten- und Polizeiwesen brachte ein System persönlicher Registrierung die Einwohner in einen noch unmittelbaren Kontakt mit dem Herrschafts- und Verwaltungsapparat, insbesondere solche Personen, die den Wohnsitz wechselten. In Staaten, die eine weltliche Alternative zur kirchlichen Feier der großen Ereignisse im menschlichen Lebenszyklus boten (und das taten sie zumeist), konnten die Einwohner den Vertretern ihres Staates bei diesen stark gefühlsgeladenen Anlässen begegnen; und immer wurden sie von den Geburts-, Heirats- und Sterberegistern erfaßt, die den Apparat der Volkszählung ergänzten. Regierung und Untertan oder Staatsbürger wurden durch tägliche Bande zwangsläufig in einer Weise miteinander verknüpft wie nie zuvor. Und die Revolutionen des 19. Jahrhunderts im Transport- und Verkehrswesen, wie sie in der Eisenbahn und dem Telegrafen beispielhaft verkörpert werden, verstärkten und vermehrten die Verbindungen zwischen der zentralen Obrigkeit und ihren abgelegensten Vorposten.

Unter dem Blickwinkel der Staaten und der herrschenden Klassen warf diese Transformation zwei schwerwiegende politische Probleme auf – wenn wir einmal die sich wandelnde Gewichtung zwi-

schen Zentralregierung und lokalen Eliten außer acht lassen, die (in Europa, wo der Föderalismus extrem untypisch war und immer seltener wurde) sich ständig zugunsten des Zentrums verschob.¹ Erstens warf sie technisch-administrative Fragen auf über die beste Art und Weise, die neue Regierungsform ins Werk zu setzen, in der jeder erwachsene (männliche) Einwohner und als Objekt der Verwaltung überhaupt jeder Einwohner unabhängig von Alter und Geschlecht direkt mit der Staatsregierung verknüpft war. Diese Fragen betreffen uns hier nur insofern, als sie den Aufbau eines Verwaltungs- und Behördenapparats implizierten, der aus einer enormen Zahl von Staatsdienern bestand und zwangsläufig das Problem der geschriebenen oder gesprochenen Verkehrssprache oder -sprachen innerhalb des Staates aufwarf, was die Bemühungen um eine allgemeine Schulpflicht politisch brisant machen konnte. Während der Anteil dieser Staatsdiener an der erwerbstätigen Bevölkerung anfangs nach heutigen Maßstäben ziemlich niedrig lag – um 1910 betrug er höchstens fünf Prozent –, nahm er mit der Zeit mehr oder weniger schnell zu; in absoluten Zahlen waren es ca. 700000 im zisleithanischen Österreich (1910), über eine halbe Million in Frankreich (1906), ca. 1,5 Millionen in Deutschland (1907) und 700000 in Italien (1907), um nur einige Beispiele anzuführen (Flora 1983, Bd. 1, Kap. 5). Nebenbei bemerkt stellten sie in den einzelnen Ländern wahrscheinlich die größte Gruppe von Beschäftigten dar, die zumindest einen Grundschulabschluß vorweisen mußten.

Zum zweiten hatte diese Transformation die politisch wesentlich heikleren Probleme der Loyalität der Staatsbürger gegenüber dem Staat und dem Herrschaftssystem und der Identifikation mit diesen zur Folge. Bevor Bürger und säkularisierte nationale Herrscher einander unmittelbar gegenüberstanden, waren Loyalität gegenüber

¹ Die Abschaffung eines eigenen irischen Parlaments, die Aufhebung der Autonomie »Kongreßpolens«, die Beherrschung des ehemaligen Deutschen Bundes durch ein hegemoniales Mitglied (Preußen) und einen Reichstag als einzigem parlamentarischen Organ für die gesamte Nation, die Umwandlung Italiens in einen zentralistischen Staat und der Aufbau einer einheitlichen Polizeigewalt für ganz Spanien, unabhängig von lokalen Interessen, das alles sind Beispiele für die Entwicklungsrichtung. Zentralregierungen können wie in England lokalen Initiativen durch Genehmigungen viel Spielraum lassen, aber die einzige Bundesregierung in Europa vor 1914 gab es in der Schweiz.

dem Staat und die Identifikation mit ihm vom einfachen Mann – ganz zu schweigen von der einfachen Frau – entweder nicht verlangt worden oder man hatte sich ihrer über all jene autonomen oder vermittelnden Instanzen vergewissert, die das Zeitalter der Revolutionen abgeschafft oder abgewertet hatte: durch die Religion und die gesellschaftlichen Rangunterschiede (»God bless the squire and his relations/and keep us in our proper stations«, zu deutsch etwa: »Gott segne unsern Herrn und auch sein Land/und halte jedermann in seinem Stand«), oder auch durch die autonom verfaßten Obrigkeiten unterhalb des höchsten Herrschers oder die selbstverwalteten Gemeinden und Korporationen, die wie ein Schutzschirm zwischen Untertan und Kaiser oder König standen und es der Monarchie überließen, Tugend und Gerechtigkeit zu repräsentieren. Nicht anders als die Loyalität von Kindern gegenüber ihren Eltern, von Frauen gegenüber ihren Männern, die »in ihrem Namen« handelten. Die andere Alternative wurde vom klassischen Liberalismus verkörpert, der seinen Ausdruck in den Regierungen der französischen und belgischen Revolutionen von 1830 und der Reformära nach 1832 in England fand: Er umging das Problem der politischen Beteiligung der Staatsbürger durch die Beschränkung der politischen Teilhaberechte auf die männlichen Angehörigen des Besitz- und Bildungsbürgertums.

Während des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts wurde jedoch zusehends deutlich, daß die Demokratisierung oder zumindest die Ausdehnung des Wahlrechts auf immer weitere Bevölkerungskreise unvermeidlich war. Ebenso offensichtlich wurde spätestens seit 1880, daß überall dort, wo dem einfachen Mann auch nur die formalsten Teilhaberechte an der Politik zugestanden wurden – die einfache Frau blieb in der Regel hiervon weiterhin ausgeschlossen –, dessen Loyalität und Unterstützung gegenüber Höherstehenden oder dem Staat nicht mehr automatisch gewährleistet waren. Das war besonders dann nicht der Fall, wenn die Klassen, denen er angehörte, historisch neu waren und deshalb in der Ordnung der Dinge noch keinen Platz gefunden hatten. Damit sahen sich der Staat und die herrschenden Klassen gezwungen, mit anderen um die Loyalität der niederen Ränge zu konkurrieren.

Gleichzeitig, und dies machte der moderne Krieg anschaulich, hingen die Interessen des Staats nunmehr in einem bislang unvor-

stellbaren Ausmaß von der Einbeziehung der gewöhnlichen Bürger ab. Ob die Heere aus Wehrpflichtigen oder aus Freiwilligen bestanden, die Bereitschaft von Männern, in der Armee zu dienen, war nunmehr ein wesentlicher Faktor in den Überlegungen der Regierungen; und dasselbe galt für ihre körperliche und seelische Wehrtauglichkeit, die deshalb erstmals systematisch untersucht wurde – man denke nur an die berühmte Untersuchung über die »Verslechterung des Gesundheitszustandes« in England nach dem Burenkrieg. Das Ausmaß der Opfer, die man der Zivilbevölkerung zumuten konnte, mußte in den Plänen der Strategen berücksichtigt werden: Die britischen Kriegsplaner weigerten sich aus diesen Gründen vor 1914, die Marine, den Wächter über die Nahrungsmittelimporte, durch eine Verstärkung der Landstreitkräfte zu schwächen. Die politischen Einstellungen der Bürger, insbesondere der Arbeiter, waren Fragen von lebenswichtigem Interesse angesichts des Aufstiegs der Gewerkschafts- und der sozialistischen Bewegungen. Offenbar rückte die Demokratisierung der Politik – das heißt auf der einen Seite die ständige Erweiterung des (Männer-)Wahlrechts und auf der anderen die Schaffung des modernen, die Bürger mobilisierenden und beeinflussenden Verwaltungsstaats – die Frage der »Nation« und die Empfindungen des Bürgers für das, was er als seine »Nation«, »Nationalität« oder ein anderes Zentrum der Loyalität ansah, an die Spitze der politischen Tagesordnung.

Für die Herrscher ging es mithin nicht nur einfach darum, eine neue Legitimität zu gewinnen – obwohl dieses Problem in den neuen und neuartigen Staaten ebenfalls gelöst werden mußte und hier die Identifikation mit einem »Volk« oder einer »Nation«, wie auch immer definiert, eine bequeme und elegante Möglichkeit zu seiner Lösung darstellte; in Staaten, die auf einer Volkssouveränität bestanden, war es per definitionem sogar die einzige Möglichkeit. Was sonst konnte die Monarchien von Staaten legitimieren, die zuvor als solche nie existiert hatten, wie Griechenland, Italien oder Belgien, oder die mit allen historischen Vorläufern brachen wie das Deutsche Reich von 1871? Adaptionsbedürfnisse ergaben sich selbst bei althergebrachten Regimes, und zwar aus drei Gründen. Fast alle hatten zwischen 1789 und 1815 Veränderungen erlebt – selbst die Schweiz war nach Napoleon in wichtigen Aspekten ein neues politisches Gebilde.

Die traditionellen Garanten der Loyalität wie eine dynastische Legitimität, ein göttlicher Auftrag, ein historisches Recht und die Kontinuität der Herrschaft oder der religiöse Zusammenhalt wurden nachhaltig geschwächt. Und schließlich wurden alle diese traditionellen Legitimationen staatlicher Autorität seit 1789 permanent in Frage gestellt.

Im Fall der Monarchie zeigt sich dies besonders deutlich. Die Notwendigkeit, ein neues oder zumindest ergänzendes »nationales« Fundament für diese Institution zu schaffen, wurde selbst in Staaten empfunden, die so vor einer Revolution gefeit waren wie England unter Georg III. und Rußland unter Nikolaus I. (Colley 1984).² Und die Monarchien waren zweifellos um Anpassung bemüht.

Daß sich die Monarchen an »die Nation« angepaßt haben, ist ein aussagekräftiger Hinweis darauf, in welchem Ausmaß traditionelle Institutionen sich nach dem Zeitalter der Revolutionen umstellen mußten, wenn sie nicht untergehen wollten; die Institution der erblichen Herrschaft durch Fürsten hingegen, wie sie sich im 16. und 17. Jahrhundert in Europa entwickelte, blieb ohne jeden inneren Zusammenhang mit der Nation. Die meisten Monarchen Europas stammten am Vorabend des Ersten Weltkriegs – als die Monarchie hier noch fast überall die Norm war – aus einer Reihe von untereinander verwandten Familien, deren Nationalität (wenn sie dem subjektiven Empfinden nach überhaupt eine hatten) für ihre Funktion als Staatsoberhäupter ganz ohne Bedeutung war. Prinz Albert, der Ehemann Victorias, schrieb an den König von Preußen als Deutscher und betrachtete Deutschland als sein persönliches Vaterland, doch die Politik, die er nachdrücklich vertrat, war noch unzweideutiger diejenige Großbritanniens (*Revolutionsbriefe 1848*). Die multinationalen Konzerne der letzten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts neigen weit mehr dazu, ihre leitenden Angestellten aus den Angehörigen der Nation zu rekrutieren, in der ihr Stammsitz liegt, als die Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts Könige mit Beziehungen zu ihrem Land auszuwählen pflegten.

² Zu Graf Uwarows Vorschlag (1832), die Regierung des Zaren solle sich nicht allein auf die Prinzipien von Autokratie und Orthodoxie stützen, sondern auch auf das der »nationalnost«, s. Seton-Watson (1977), S. 84.

Auf der anderen Seite hatte der nachrevolutionäre Staat, sei es mit einem erblichen Herrscher an der Spitze oder nicht, einen organischen Bezug zur »Nation«, das heißt zu den Bewohnern seines Territoriums, die in manchem Sinne als Kollektivität, als ein »Volk« betrachtet wurden, und dies, wie wir gesehen haben, sowohl aufgrund seiner Struktur als auch aufgrund der politischen Transformationen, die ihn zu einer Gesamtheit von so oder so mobilisierbaren Bürgern mit politischen Rechten oder Ansprüchen machten. Selbst wenn der Staat sich bislang in seiner Legitimität oder seinem Zusammenhang noch keiner ernsthaften Herausforderung und keiner starken subversiven Kräfte erwehren mußte, machte es allein schon die Auflösung der alten sozio-politischen Bindungen zu einem zwingenden Gebot, neue Formen der staatsbürgerlichen Loyalität zu entwickeln und einzuüben (eine »Bürgerreligion«, um Rousseaus Begriff zu gebrauchen), da nunmehr auch mögliche andere Loyalitäten sich politisch Ausdruck verschaffen konnten. Denn welcher Staat im Zeitalter der Revolutionen, des Liberalismus, Nationalismus, der Demokratisierung und des Aufstiegs der Arbeiterklasse als Bewegung konnte sich absolut sicher fühlen? Die Soziologie, die in den beiden letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts plötzlich aufkam, war in erster Linie eine politische Soziologie, und in ihrem Zentrum stand das Problem des gesellschaftlich-politischen Zusammenhalts im Staat. Aber ein Staat war um so mehr auf eine Bürgerreligion (»Patriotismus«) angewiesen, als er von seinen Bürgern zunehmend mehr als nur Passivität verlangte. Um noch einmal Nelson vor der Schlacht von Trafalgar zu zitieren: »England erwartet, daß jeder Mann an diesem Tag seine Pflicht tut.«

Und wenn es dem Staat aus irgendwelchen zufälligen Gründen nicht gelang, seine Bürger zu der neuen Religion zu bekehren, bevor sie anderen Predigern in die Arme liefen, konnten sie ihm leicht verlorengehen. Irland war für das Vereinigte Königreich verloren, wie Gladstone erkannte, nachdem ein demokratisiertes Stimmrecht 1884/85 gezeigt hatte, daß praktisch die Gesamtheit der katholischen Parlamentssitze auf dieser Insel künftig an eine irische (das heißt nationalistische) Partei gehen würde; trotzdem blieb es ein Vereinigtes Königreich, weil seine übrigen nationalen Bestandteile den am Staat orientierten Nationalismus von »Großbritannien« akzeptierten, der

sich – weitgehend zu ihrem eigenen Vorteil – im Lauf des 18. Jahrhunderts entwickelt hatte und den Theoretikern, die einen eher orthodoxen Nationalismus vertreten, immer noch Rätsel aufgibt.³ Das Habsburgerreich, eine ganze Ansammlung von Irlands, hatte weniger Glück. Hier liegt ein entscheidender Unterschied zwischen dem, was der österreichische Romanschriftsteller Robert Musil als »Kakanien« bezeichnete (nach den beiden »k« in »k. u. k. Monarchie« für »kaiserliche und königliche Monarchie«), und dem, was Tom Nairn in seiner Nachfolge »Ukanien« (nach »UK« für »United Kingdom«) genannt hat.

Ein nur auf den Staat bezogener Patriotismus muß nicht wirkungslos sein, da allein schon Existenz und Aufgaben des modernen Territorialstaats die Bürger fortwährend einbeziehen und zwangsläufig eine ganz eigenartige »Landschaft« aus Institutionen und Verfahren vorgeben, die den Rahmen für das auf diese Weise weitgehend bestimmte Alltagsleben darstellt. Dieser neue Nationalstaat braucht nur wenige Jahrzehnte zu existieren, kürzer als ein Menschenleben, um zu bewirken, daß sich die Bürger zumindest passiv mit ihm identifizieren. Wäre es anders, dann hätte das Aufkommen des revolutionären Schia-Fundamentalismus im Iran beträchtliche Rückwirkungen auf den Irak sowie unter den Schiiten des geteilten Libanon haben müssen, denn die Mehrheit der (nichtkurdischen) muslimischen Bevölkerung jenes Staats, in dem sich übrigens die bedeutendsten heiligen Stätten dieser Sekte befinden, hängt demselben Glauben an wie die Iraner.⁴

Dennoch ist der bloße Gedanke eines souveränen laizistischen Nationalstaats in der Golfregion historisch noch jüngeren Datums als der eines jüdischen Territorialstaats. Ein extremes Beispiel für die potentielle Wirksamkeit eines reinen Staatspatriotismus ist die Loyalität der Finnen gegenüber dem Zarenreich während des größten Teils des 19. Jahrhunderts, genauer bis zu dem Zeitpunkt, als die

³ Zur Entwicklung des britischen Bewußtseins allgemein Samuel (1989), doch vor allem Colley (1982 und 1986). Zum Rätsel für die Theoretiker vgl. Nairn (1988), Teil 2.

⁴ Zweifellos wurde die Äußerung darartiger Sympathien im Irak gewaltsam unterdrückt; andererseits haben auch die beträchtlichen kurzfristigen Erfolge der eindringenden iranischen Revolutionsarmeen an diesem Sachverhalt offenbar nichts geändert. Seit der Zertrümmerung des Irak durch den Golfkrieg mögen die Dinge anders liegen.

Politik der Russifizierung nach 1880 eine russenfeindliche Reaktion auslöste. Während Denkmäler zur Erinnerung an das Herrscherhaus der Romanows in Rußland selbst kaum zu finden sind, steht noch immer eine Statue von Zar Alexander II., dem Befreier, stolz auf dem Hauptplatz Helsinkis.

Man könnte sogar noch weiter gehen. Die ursprüngliche, revolutionär-volkstümliche Idee des Patriotismus war staatsorientiert und nicht nationalistisch, da sie sich auf das souveräne Volk selbst bezog, das heißt auf den Staat, der seine Macht in dessen Namen ausübte. Ethnische Zugehörigkeit oder andere Elemente einer geschichtlichen Kontinuität waren für die »Nation« in diesem Sinne irrelevant und die Sprache war nur oder hauptsächlich aus pragmatischen Gründen von Belang. »Patrioten« im ursprünglichen Wortsinn waren das Gegenteil derer, die an »my country, right or wrong« glaubten, nämlich – wie es Samuel Johnson anspielungsreich ausdrückte – »vom Parteigeist beseelte Störenfriede der Regierung« (vgl. Conningham 1981). Weniger scherzhaft verstand die Französische Revolution (die den Begriff so, wie vor ihr zuerst Amerikaner und dann die holländische Revolution von 1783 gebrauchte [Godechot 1956, Bd. 1, S. 254]), unter einem Patrioten einen Menschen, der die Liebe zu seinem Land durch den Wunsch unter Beweis stellte, es durch Reformen oder eine Revolution zu erneuern. Und *la patrie*, der ihre Loyalität galt, war das Gegenteil von einer wesenhaft vorgegebenen, bereits bestehenden Einheit, sondern eine Nation, die durch die politische Entscheidung ihrer Mitglieder geschaffen worden war, die damit ihre früheren Loyalitäten aufkündigten oder zumindest abwerteten. Die 1200 Nationalgardisten aus dem Languedoc, der Dauphiné und der Provence, die am 19. November 1789 in der Nähe von Valence zusammenkamen, schworen einen Loyalitätseid auf die Nation, das Gesetz und den König und erklärten, nicht länger Dauphinois, Provençaux und Languedociens zu sein, sondern nur noch Franzosen; dasselbe taten auch die Nationalgardisten aus dem Elsaß, aus Lothringen und der Franche Comté bei ähnlichen Zusammenkünften im selben Jahr und machten damit sogar die Bewohner von Provinzen, die von Frankreich vor kaum einem Jahrhundert annektiert worden waren, zu Franzosen (Godechot 1956, Bd. 1, S. 73). Wie es Lavisse ausdrückte: »La Nation consentie, voulue par elle-

même«, das sei Frankreichs Beitrag zur Geschichte (zit. bei Nora 1986, Bd. 2, S. 363). Dieser revolutionäre Begriff der Nation, die sich durch die bewußte politische Entscheidung ihrer potentiellen Staatsbürger konstituiert, ist natürlich immer noch in Reinkultur in den USA bewahrt. Amerikaner ist jeder, der dies sein möchte. Aber auch der französische Begriff der »Nation« als Analogon zu einem Plebiszit (»un plébiscite de tous les jours«, wie Renan es ausdrückte) verlor seinen wesentlich politischen Charakter nicht. Französische Nationalität war französische Staatsbürgerschaft: Ethnische Zugehörigkeit, Geschichte, die Sprache oder der in der Familie gesprochene Patois waren für die Definition der »Nation« ohne Bedeutung.

Außerdem war die so verstandene Nation – als Gemeinschaft von Staatsbürgern, denen aufgrund entsprechender Rechte das Wohl des Landes am Herzen lag und die dadurch den Staat bis zu einem gewissen Grad zu »ihrem eigenen« machten – nicht nur ein Phänomen revolutionärer und demokratischer Regimes, obwohl revolutionsfeindlichen und sich nur widerwillig demokratisierenden Regierungen diese Tatsache nur äußerst langsam ins Bewußtsein drang. Das ist auch der Grund, warum 1914 die kriegslüsternden Regierungen so überrascht waren, daß ihre Völker in einem (kurzzeitigen) Anfall von Patriotismus zu den Waffen eilten (Ferro 1969, S. 23; Offner 1985, S. 225 f.).

Der bloße Akt der Demokratisierung von Politik, das heißt die Verwandlung von Untertanen in Bürger, erzeugt ein populistisches Bewußtsein, das sich in mancher Hinsicht von einem nationalen oder gar chauvinistischen Patriotismus kaum unterscheiden läßt – denn wenn »das Land« irgendwie »meines« ist, dann wird es eher als etwas empfunden, das der Heimat von Ausländern vorzuziehen ist, vor allem wenn diese nicht die Rechte und die Freiheit echter Staatsbürger genießen. E.P. Thompsons »freigeborene Engländer«, die Briten des 18. Jahrhunderts, die niemals Sklaven sein würden, grenzten sich nur zu gern von den Franzosen ab. Das bedeutete nicht unbedingt eine Sympathie mit den herrschenden Klassen oder deren Regierungen, und diese mochten wiederum der Loyalität der Militanten aus der Unterschicht mißtrauen, denen die Reichen und die Aristokraten, die die kleinen Leute ausbeuteten, unmittelbarer und dauerhafter vor Augen standen als die verhaßtesten Ausländer. Das Klassen-

bewußtsein, das die Arbeiterklassen zahlreicher Länder in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg erwarben, bedeutete, ja behauptete einen Anspruch auf Menschen- und Bürgerrechte und somit auch einen potentiellen Patriotismus. Das politische Massenbewußtsein oder Klassenbewußtsein hatte auch einen Begriff des »Vaterlands« zum Inhalt, wie die Geschichte des Jakobinertums und von Bewegungen wie dem Chartismus zeigt: Die meisten Chartisten waren gegen die Reichen und gegen die Franzosen.

Was diesen populistisch-demokratischen und jakobinischen Patriotismus so extrem verletzlich machte, war die objektive und – in der Arbeiterklasse – subjektive Unterlegenheit dieser Staatsbürgermassen. Denn überall, wo der Patriotismus sich entwickelte, wurde sein politisches Programm von den Regierungen und den herrschenden Klassen formuliert. Die Entfaltung eines politischen und Klassenbewußtseins unter den Arbeitern lehrte diese, Bürgerrechte zu fordern und auszuüben. Die tragische Ironie aber bestand darin, daß die Arbeiter gerade dort, wo sie diese Rechte wahrzunehmen gelernt hatten, sich um so bereitwilliger in das gegenseitige Massaker des Ersten Weltkriegs stürzten. Aber es ist bezeichnend, daß die kriegführenden Regierungen um Unterstützung für diesen Krieg warben, indem sie ihre Propaganda ganz wesentlich an Zivilisten und Staatsbürger richteten und nicht nur an einen blinden Patriotismus appellierten und noch weniger an männlichen Ruhm und Heldentum. Alle großen kriegführenden Staaten stellten den Krieg als einen Verteidigungskrieg dar, alle begründeten ihn mit der Bedrohung der in ihrem Land oder auf ihrer Seite einzigartigen bürgerlichen Errungenschaften durch das Ausland; alle lernten, ihre (etwas widersprüchlichen) Kriegsziele nicht nur als die Ausschaltung dieser Bedrohung, sondern auch in mancher Hinsicht als die gesellschaftliche Umgestaltung des Landes im Interesse seiner ärmeren Bürger hinzustellen (»eine Heimat für Helden«).

Eine Demokratisierung konnte mithin automatisch zur Lösung der Probleme beitragen, wie Staaten und Regime in den Augen ihrer Bürger Legitimität selbst dann erwerben konnten, wenn diese unzufrieden waren. Sie verstärkte den Staatspatriotismus, wenn sie ihn nicht sogar erst hervorbrachte. Dennoch hatte sie ihre Grenzen, vor allem, wenn ihr leichter mobilisierbare Kräfte entgegengesetzt wur-

den, die jene Loyalität auf sich zogen, die legitimerweise allein dem Staat gebühren sollte. Nationalismen ohne Verbindung zum Staat waren die gefährlichsten Rivalen, und wie wir noch sehen werden, nahmen sie sowohl an Zahl wie an Anziehungskraft zu und begünstigten während des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts Ambitionen, die sie zu einer noch stärkeren Bedrohung für den Staat machten. Man hat wiederholt behauptet, gerade die Modernisierung des Staates habe diese Kräfte gestärkt oder überhaupt erst ins Leben gerufen. In der neueren Literatur spielen Theorien des Nationalismus, die ihn als Funktion der Modernisierung erklären, eine herausragende Rolle (Deutsch 1953; Gellner 1983; allgemein Breuilly 1985). Doch ungeachtet des Zusammenhangs zwischen Nationalismus und dem Modernisierungsprozeß der Staaten im 19. Jahrhundert traf der Staat mit dem Nationalismus auf eine von ihm unabhängige politische Kraft, die etwas ganz anderes war als »Staatspatriotismus«; mit ihr mußte er sich auseinandersetzen. Wenn es allerdings gelang, diese Kraft in den Staatspatriotismus zu integrieren, so daß sie zu dessen tragendem emotionalen Bestandteil wurde, dann konnte der Nationalismus zu einem durchschlagenden Aktivposten für die Regierung werden.

Das war natürlich häufig möglich durch die bloße Projektion der Gefühle aus einer echten, existentiellen Identifikation mit dem eigenen »kleinen« Vaterland auf das große; dies schlägt sich nieder in der philologischen Ausdehnung des Bedeutungsumfangs solcher Wörter wie »pays«, »paese«, »pueblo« oder gar »patrie«, ein Wort, das von der Académie française noch 1776 rein lokal definiert worden war. »Das Land eines Franzosen war lediglich der Teil, in dem er zufällig geboren wurde.« (Thompson 1944, S. 121) Allein dadurch, daß sie zu einem »Volk« wurden, wuchsen die Bürger eines Landes zu einer Art Gemeinschaft zusammen, wenn diese auch nur vorgestellt war, und deren Mitglieder machten sich auf die Suche nach Dingen, die sie miteinander gemein hatten – Stätten, Gebräuche, Persönlichkeiten, Erinnerungen, Zeichen und Symbole – und fanden sie auch. Andererseits konnte das Erbe von Gruppen, Regionen und Lokalitäten der neuentstandenen »Nation« in ein gesamt nationales Erbe eingehen, so daß selbst alte Konflikte deren Versöhnung auf einer höheren, umfassenderen Ebene symbolisierten. Walter Scott hat auf diese Weise ein einziges Schottland auf dem Territorium errichtet, das von

dem Blut der sich befehdenden Highlanders und Lowlanders, Könige und Covenanters getränkt war, und er tat dies, indem er deren alte Zwistigkeiten betonte. In einem allgemeineren Sinne mußte das theoretische Problem, das in Vidal de la Blaches großem *Tableau de la géographie de la France*⁵ von 1903 so gut auf den Begriff gebracht worden war, von praktisch jedem Nationalstaat gelöst werden, nämlich »wie ein Fragment der Erdoberfläche, das weder eine Insel noch eine Halbinsel ist und das aufgrund seiner geophysikalischen Beschaffenheit nicht als selbständige Einheit betrachtet werden kann, in den Stand eines politischen Landes aufgestiegen ist und schließlich zu einem Vaterland (*patrie*) wurde«. Denn jede Nation auch nur von mittlerer Größe mußte ihre Einheit auf der Grundlage einer offensichtlichen Vielfalt konstruieren.

Staaten und Regime hatten allen Grund, einen Staatspatriotismus mit den Gesinnungen und Symbolen der »vorgestellten Gemeinschaft« nach Kräften zu verstärken, wo immer und wie immer diese entstanden, und sie auf sich selbst zu konzentrieren. Wie es der Zufall wollte, war die Zeit, als die Demokratisierung der Politik es erforderlich machte, »unsere Herren zu erziehen«, »Italiener zu schaffen«, »Bauern zu Franzosen zu machen« und alle auf die Nation und die Fahne einzuschwören, zugleich auch die Zeit, da volksnationalistische oder jedenfalls fremdenfeindliche Gesinnungen und solche einer nationalen Überlegenheit, wie sie von der neuen Pseudowissenschaft des Rassismus gepredigt wurden, leichter zu mobilisieren waren. Denn die Zeit von 1880 bis 1914 war auch die Zeit der größten bislang erlebten Wanderungsbewegungen innerhalb von Staaten und zwischen ihnen, des Imperialismus und der zunehmenden Rivalitäten, die in den Weltkrieg mündeten. Sie alle unterstrichen die Unterschiede zwischen »ihnen« und »uns«. Und es gibt kein wirksameres Mittel, die zerstreuten Gruppen ruheloser Völker zusammenzuschließen, als sie gegen Außenstehende zu vereinigen. Man braucht nicht vom absoluten »Primat der Innenpolitik« überzeugt zu sein, um anzuerkennen, daß Regierungen ein beträchtliches innenpolitisches Interesse daran hatten, den Nationalismus unter

⁵ Es war als erster Band der berühmten, von Lavissee herausgegebenen mehrbändigen *Histoire de la France* konzipiert, einem Denkmal positivistischer Wissenschaft und republikanischer Ideologie (vgl. Guiomar 1986).

ihren Bürgern zu schüren. Umgekehrt heizte auf beiden Seiten nichts so sehr den Nationalismus an wie ein internationaler Konflikt. Die Bedeutung der 1840 geführten Auseinandersetzungen um den Rhein für die Entwicklung der französischen und deutschen nationalistischen Klischees ist bekannt.⁶

Aus naheliegenden Gründen bedienten sich die Staaten eines immer leistungsfähigeren Apparats zur Kommunikation mit den Einwohnern – vor allem der Grundschule –, um das Bild und Erbe der »Nation« zu verbreiten, die Liebe zu ihr einzupflanzen und alle auf das Land und die Fahne einzuschwören; zu diesem Zweck wurden häufig Traditionen oder selbst Nationen »erfunden« (Hobsbawm 1983; Vincent 1980, Kap. 8, insbes. S. 188-193). Der Autor erinnert sich noch daran, Mitte der zwanziger Jahre in einer österreichischen Volksschule selbst einer solchen (fruchtlosen) politischen Erfindung ausgesetzt gewesen zu sein, einer neuen Nationalhymne, mit der man verzweifelt versuchte, Kinder davon zu überzeugen, daß einige wenige verbliebene Provinzen, nachdem die übrigen Teile des großen Habsburgerreiches sich abgetrennt hatten oder von ihnen weggerissen worden waren, ein einziges zusammenhängendes Ganzes bildeten, das ihre Liebe und patriotische Hingabe verdiente. Diese Aufgabe wurde nicht im mindesten durch die Tatsache erleichtert, daß das einzige Gemeinsame dieser Provinzen darin bestand, daß die überwältigende Mehrheit ihrer Bewohner den Wunsch hatte, sich Deutschland anzuschließen. »Deutsch-Österreich«, so begann diese merkwürdige und kurzlebige Hymne, »du herrliches Land, wir lieben dich«, und fuhr fort, wie man vielleicht erwarten konnte, mit einem Reisebericht oder einer Geographiestunde, wobei sie den Alpenflüssen von den Gletschern hinab ins Donautal und nach Wien folgte und mit der Beteuerung

⁶ Auf der französischen Seite wurde dadurch die Vorstellung von den »natürlichen Grenzen« der Nation zu einem Allgemeingut, ein Begriff, der entgegen dem historischen Mythos wesentlich ins 19. Jahrhundert gehört. Vgl. hierzu Nordmann (1986), insbes. S. 52. Auf deutscher Seite führte die öffentliche Kampagne im Herbst 1840 zum »Durchbruch des modernen deutschen Nationalismus als Massenphänomen«, das fast sogleich – und zum erstenmal – von Fürsten und Regierungen anerkannt wurde (Wehler 1987, Bd. 2, S. 399). Aus ihr entstand auch das »Deutschlandlied«, das später zu einer Quasi-Nationalhymne wurde.

schloß, daß dieses neue Rumpf-Österreich »mein Heimatland« war.⁷

Auch wenn es außer Zweifel stand, daß die Regierungen bewußt und gezielt mit ideologischer Beeinflussung arbeiteten, so wäre es doch ein Irrtum, in solchen Übungen nur eine Manipulation von oben zu sehen. Sie waren vielmehr dort von besonderem Erfolg gekrönt, wo sie auf inoffiziellen, bereits vorhandenen nationalistischen Gesinnungen aufbauen konnten, ob auf solchen einer Fremdenfeindlichkeit oder eines »Chauvinismus« der einfachen Volksschichten – das Stammwort selbst erscheint wie der Begriff des »Jingoismus« erstmals im demagogischen Volks- oder Varietétheater (Puymège 1986, S. 51 ff.; der historische Chauvin war anscheinend an der Eroberung von Algier beteiligt) – oder, was wahrscheinlicher war, auf einem Nationalismus in den mittleren und unteren bürgerlichen Klassen. Soweit solche Gesinnungen von den Regierungen nicht erzeugt, sondern nur von ihnen übernommen und genährt wurden, gerieten diese in die Rolle von Zauberlehrlingen. Im besten Fall konnten sie die freigesetzten Kräfte nicht völlig unter ihre Kontrolle bringen, im schlimmsten Fall wurden sie zu deren Gefangenen. So ist es kaum vorstellbar, daß die britische Regierung von 1914 oder überhaupt die herrschende Klasse Großbritanniens den Wunsch gehegt haben sollte, jene Orgie an Deutschenfeindlichkeit zu organisieren, die das Land nach der Kriegserklärung überzog, was übrigens die britische Königsfamilie zwang, den ehrwürdigen dynastischen Namen der Welfen gegen den weniger deutsch klingenden Namen Windsor auszuwechseln. Denn wie wir noch sehen werden, hatte die gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufkommende Form des Nationalismus keine grundlegende Ähnlichkeit mit dem Staatspatriotismus, selbst wenn er sich mit diesem verband. Die grundsätzliche Loyalität des neuen Nationalismus galt paradoxerweise nicht »dem Land«, sondern allein seiner besonderen Auffassung von diesem Land – einer ideologischen Konstruktion.

⁷ Diese Hymne wurde später durch eine andere ersetzt, die geographisch zwar allgemeiner gehalten war, dafür jedoch (da nur wenige Österreicher an Österreich glaubten) das Deutschtum des Landes stärker betonte und Gott mit ins Spiel brachte – übrigens zu der Melodie von Haydn, auf die sowohl die Habsburger Hymne als auch das Deutschlandlied gesungen wurden.

Die Verbindung eines Staatspatriotismus mit einem nicht auf den Staat bezogenen Nationalismus war politisch riskant, da die Kriterien des einen umfassend waren, zum Beispiel alle Bürger der französischen Republik einschlossen, während die des anderen exklusiv waren und etwa nur jene Bürger der französischen Republik berücksichtigten, die Französisch sprachen und im Extremfall blond und schmalgesichtig waren.⁸ Die potentiellen Kosten einer Anreicherung des einen durch den anderen waren somit hoch, sobald die Identifikation mit der einen Nationalität andere verschreckte, die sich weigerten, von ihr assimiliert oder eliminiert zu werden. Es gab in Europa nur ganz wenige wirklich homogene Nationalstaaten wie etwa Portugal, obwohl es in der Mitte und auch gegen Ende des 19. Jahrhunderts noch immer sehr viele Gruppen gab, die man durchaus als »Nationalitäten« hätte klassifizieren können und die nicht mit den Ansprüchen der offiziell dominanten »Nation« rivalisierten, und sehr viele Individuen, die aktiv eine Assimilierung an die eine oder andere dominierende Nationalität und Bildungssprache erstrebten.

Wenn jedoch die Identifikation des Staates mit einer Nation schon Gefahr lief, einen Gegen-Nationalismus hervorzurufen, so machte der Prozeß seiner Modernisierung dies noch weit wahrscheinlicher, da er eine Homogenisierung und Vereinheitlichung seiner Einwohner vor allem mit Hilfe einer geschriebenen »Nationalsprache« implizierte. Sowohl die direkte Verwaltung einer umfangreichen Bevölkerung durch moderne Regierungen als auch die technische und wirtschaftliche Entwicklung erfordern dies, denn sie machen eine allgemeine Grundschulbildung wünschenswert und den Ausbau sekundärer Bildungseinrichtungen fast unverzichtbar. Es sind das Ausmaß, in dem der Staat tätig wird, sowie dessen Bedarf an *unmittelbaren* Kontakten mit seinen Bürgern, die das Problem aufwerfen. So muß die Bildung der Massen aus praktischen Gründen in einer Landessprache erfolgen, während die Bildung einer zahlenmäßig beschränkten Elite in einer Sprache möglich ist, die von einem Großteil der Bevölkerung nicht verstanden oder gesprochen wird, im Fall der »klassischen« Sprachen wie Latein, dem klassischen Per-

⁸ Zum starken rassistischen Element in den Debatten über den französischen Nationalismus vgl. Taguieff (1987), S. 126 ff. Zur Neuartigkeit dieses sozialdarwinistischen Nationalismus vgl. Nagel (1975).

sisch oder dem klassischen Schrift-Chinesisch außerhalb der Eliten sogar von überhaupt niemandem. Administrative oder politische Transaktionen an der Spitze können in einer Sprache durchgeführt werden, die für die Mehrheit der Bevölkerung unverständlich ist, so wie der ungarische Adel seine parlamentarischen Angelegenheiten bis 1840 auf Lateinisch abwickelte oder so wie Englisch bis heute die Amtssprache in Indien darstellt, während eine Wahlkampagne unter demokratischem Wahlrecht in der Landessprache geführt werden muß. Wirtschaft, Technik und Politik erfordern zunehmend eine Sprache *gesprochener* Massenkommunikation – eine Notwendigkeit, die durch das Aufkommen von Film, Funk und Fernsehen noch gesteigert wird –, so daß Sprachen, die ursprünglich als Verkehrssprachen für Benutzer wechselseitig unverständlicher Landessprachen oder als Bildungssprachen für die Gebildeten gedacht waren oder fungierten, als Medien für die nationale Rede in Dienst genommen werden: das Mandarin-Chinesisch, Bahasa Indonesia und das Pilipino.⁹

Folgte die Wahl der »offiziellen« Nationalsprache lediglich Zweckmäßigkeitserwägungen, so wäre sie vergleichsweise einfach. Man bräuchte nur die Sprache zu wählen, die vermutlich von der größten Zahl der Einwohner gesprochen und/oder verstanden wird oder die ihren Umgang untereinander am leichtesten macht. Die Entscheidung Josephs II. für Deutsch als Amtssprache seines Vielvölkerreichs war in diesem Sinne ganz pragmatisch, ebenso Gandhis Wahl des Hindi für das zukünftige unabhängige Indien – seine eigene Muttersprache war Gudscharati – sowie seit 1947 die Wahl des Englischen als jenes Mediums der nationalen Kommunikation, das für die Inder am wenigsten inakzeptabel war. In Vielvölkerstaaten ließ sich das Problem der Theorie nach in der Weise lösen, wie die Habsburger es seit 1848 ständig versuchten, daß die Umgangssprache auf einer geeigneten Verwaltungsebene eine gewisse offizielle Anerkennung erfuhr. Je lokal beschränkter und je ungebildeter, das heißt je näher am traditionellen Leben auf dem Land, desto seltener der Anlaß für Konflikte zwischen unterschiedlichen Sprachebenen oder geographischen Einheiten. Selbst auf dem Höhepunkt des Konflikts zwischen Deutschen und Tschechen im Habsburgerreich war es immer noch möglich, zu schreiben:

⁹ Zu den Philippinen vgl. »Land of 100 tongues...«. Zum Problem allgemein Fishman (1974).

In einem Staate, den viele Nationen bewohnen, ist auch für solche, die keine öffentliche Stellung bekleiden, der zwingende Antriebe zur Erlernung der zweiten Sprache, der faktische Sprachenzwang gegeben, so für Kaufleute, Handwerker, Arbeiter. Am wenigsten ist von diesem faktischen Zwang der Bauer berührt. Die selbst in unserer Zeit noch fortwirkende Abgeschlossenheit und Selbstgenügsamkeit des Dorflebens lässt ihm die Nähe eines anderssprachigen Ortes nur selten zum Bewusstsein kommen, wenigstens in Böhmen und Mähren, wo das Landvolk beider Nationen ökonomisch und sozial gleich hoch stehen. In solchen Gebieten verschiebt sich die Sprachgrenze jahrhundertlang gar nicht, zumal die Heiraten im Dorfe und das faktisch ausgeübte Vorkaufsrecht der Gemeindegossen die Aufnahme Fremder in den Dorfverband hemmen. Die wenigen Fremden werden rasch angeglich und einverleibt. (Renner 1918, S. 65)¹⁰

Aber das Problem der »Nationalsprachen« ist nur selten eine pragmatische und noch weniger eine leidenschaftslose Frage, wie sich an dem Widerstreben zeigt, sie aufgrund ihrer Historisierung und der für sie erfundenen Traditionen als Konstruktionen zu durchschauen.¹¹ Am allerwenigsten pragmatisch und leidenschaftslos sollte sie für die Ideologen jenes Nationalismus werden, wie er nach 1830 aufkam und gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine neue Form annahm. Für sie war die Sprache die Seele einer Nation und, wie wir sehen werden, zunehmend das entscheidende Kriterium der Nationalität. In welcher Sprache oder in welchen Sprachen auf den weiterführenden Schulen von Celje (Cilli) unterrichtet werden sollte, deren Schüler teils Deutsch und teils Slowenisch als Muttersprache hatten, war alles andere als eine Frage der administrativen Zweckmäßigkeit. (Dieses besondere Problem bewegte 1895 die österreichische Politik; s. Macartney 1971, S. 661.) Alle Regierungen in mehrsprachigen Ländern (bis auf einige wenige besonders glückliche) waren sich der Brisanz des Sprachenproblems bewußt.

Noch brisanter wurde es durch den Umstand, daß unter den gegebenen Verhältnissen jeder Nationalismus, falls er nicht bereits mit einem Staat verbunden war, notwendig zu einem *politischen* Na-

¹⁰ Ich entnehme dieses Zitat der zweiten, umgeschriebenen Auflage von *Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat* (1902) des austromarxistischen Autors, der selbst von einem deutschen Bauern in Mähren abstammte.

¹¹ »Viele Sprechergemeinschaften erfinden und kultivieren Mythen und Genealogien, die den Ursprung und die Entwicklung der Standard-Varianten [ihrer Sprache] zum Inhalt haben, um deren zahlreiche jüngere Bestandteile zu bagatellisieren... Eine Variante erlangt historischen Rang, wenn sie mit einer großen ideologischen oder nationalen Bewegung oder Tradition verknüpft wird.« (Fishman 1974, S. 164)

tionalismus wurde. Denn nur über einen Staatsapparat konnte man aus einer »Nationalität« eine »Nation« machen oder auch nur ihren gegenwärtigen Status vor einer zukünftigen Erosion oder Assimilation schützen. Wie weiter unten noch ausgeführt wird, ging und geht es beim sprachlich begründeten Nationalismus im wesentlichen um die Sprache als Unterrichts- und als Amtssprache. Ihm geht es um »Amt und Schule«, wie Polen, Tschechen und Slowenen nicht müde wurden, schon seit 1848 zu wiederholen (Burian 1970/71, S. 87). Es geht darum, ob der Unterricht an den walisischen Schulen auf Englisch und Walisisch oder nur auf Walisisch gehalten werden soll; um die Notwendigkeit, in Wales auch jenen Ortschaften einen walisischen Namen zu geben, die noch nie einen hatten, weil sich dort noch nie Waliser angesiedelt hatten; um die Sprache von Verkehrs- und Straßenschildern; um staatliche Subventionen für ein TV-Programm in walisischer Sprache; um die Sprache, in der Debatten in den Bezirksräten geführt und in der sie protokolliert werden; um die Sprache der Antragsformulare für die Zulassung zur Führerscheinprüfung oder die Einrichtung eines Stromzählers oder auch nur darum, ob Formulare zweisprachig oder zum Teil in englischer und zum Teil in walisischer Sprache oder eines Tages überhaupt nur auf Walisisch gedruckt werden sollen. Denn wie ein nationalistischer Autor es ausdrückt:

Zu einer Zeit, als das Walisische noch einigermaßen ungefährdet war, sah Emrys ap Iwan die Notwendigkeit, sie erneut zu einer Amts- und Unterrichtssprache zu machen, wenn sie überleben sollte. (Thomas 1973, S. 83)

Die Regierungen sahen sich darum gezwungen, sich auf diese oder jene Weise mit dem neuen »Nationalitätsprinzip« und dessen Symptomen auseinanderzusetzen, gleichgültig ob sie es für ihre eigenen Zwecke einspannen konnten oder nicht. Um dieses Kapitel sinnvoll zu beschließen, werfen wir noch einen kurzen Blick auf die Entwicklung der Einstellungen im 19. Jahrhundert zum Problem von Nation und Sprache. Die Frage läßt sich etwa anhand der Debatten von Experten verfolgen, nämlich der regierungsamtlichen Statistiker, die bemüht waren, die periodischen Volkszählungen zu koordinieren und zu vereinheitlichen, die seit der Mitte des Jahrhunderts zu einem normalen Bestandteil des Dokumentationsapparats wurden, der von

allen »fortschrittlichen« oder modernen Staaten benötigt wurde. Das Problem, das auf dem Ersten Internationalen Statistischen Kongreß 1853 auftrat, bestand in der Frage, ob die »gesprochene Sprache« in eine solche Volkszählung mit aufgenommen werden sollte und welchen Einfluß dies gegebenenfalls auf Nation und Nationalität hatte.

Die Angelegenheit wurde ursprünglich von dem Belgier Quetelet zur Sprache gebracht, dem Begründer der Sozialstatistik, der zudem aus einem Land stammte, in dem das Verhältnis zwischen Französisch und Flämisch bereits eine gewisse politische Bedeutung erlangt hatte. Der Internationale Statistische Kongreß von 1860 beschloß, eine Frage zur Muttersprache in Volkszählungen nicht obligatorisch zu machen, sondern es den einzelnen Regierungen zu überlassen, ob eine solche Frage von »nationaler« Bedeutung sei oder nicht. Der Kongreß von 1873 sprach sich hingegen dafür aus, diese Frage künftig in alle Volkszählungen mit aufzunehmen.

Die ursprüngliche Auffassung der Experten war, die »Nationalität« eines Individuums nicht durch Befragung im Rahmen einer Volkszählung festzulegen – ausgenommen in der Bedeutung, die dem Wort von den Franzosen gegeben wurde, nämlich der Staatsbürgerschaft des Befragten. In diesem Sinne war Sprache für die »Nationalität« irrelevant, obgleich dies in der Praxis lediglich bedeutete, daß die Franzosen und jeder andere, der diese Definition akzeptierte, wie etwa die Madjaren, innerhalb ihrer Grenzen offiziell nur eine Sprache anerkannten. Die Franzosen ignorierten einfach die übrigen Sprachen, während die Madjaren, die dazu kaum in der Lage waren, da weniger als die Hälfte der Bewohner ihres Königreichs Madjarisch sprachen, sich genötigt sahen, sie juristisch als »nicht magyarisch sprechenden Magyaren« (Renner 1899, S. 13) zu kennzeichnen, so wie die Griechen später die Bewohner der von ihnen annektierten Teile Mazedoniens als »slawophone Griechen« bezeichneten. Kurz, ein Sprachenmonopol gab sich als außersprachliche Definition der Nation aus.

Was die Nationalität ausmachte, war offensichtlich zu komplex, um allein durch die Sprache erfaßt zu werden. Die Habsburger Statistiker, die darin mehr Erfahrung hatten als alle anderen, vertraten die Auffassung, daß sie (a) kein Attribut von Individuen, sondern von

Gemeinschaften war und (b) »geographische Studien über die Lage, Grenzen und die klimatischen Verhältnisse desselben sowie ... anthropologische und ethnologische Studien [erforderte] über physische und geistige, äußere und innere Eigenschaften des Volkes, über dessen Gebräuche, Sitten usw.«¹² Dr. Glatter, ehemaliger Leiter des Wiener Statistischen Instituts, verstieg sich ganz im Geist des 19. Jahrhunderts sogar zu der Behauptung, nicht die Sprache, sondern die Rasse sei für die Nationalität ausschlaggebend.

Aber die Nationalität war ein zu großes politisches Problem, als daß die Volkszähler es hätten übersehen können. Sie stand unstrittig in einem gewissen Zusammenhang mit der gesprochenen Sprache, und sei es auch nur deshalb, weil die Sprache etwa seit 1840 zunehmend eine Rolle in internationalen territorialen Auseinandersetzungen spielte – ganz besonders in der Schleswig-Holstein-Frage zwischen Dänen und Deutschen (Wambaugh 1920, insbes. S. 138), während sie vor dem 19. Jahrhundert nicht als Argument zur Unterstützung territorialer Ansprüche von Staaten vorgebracht wurde (Nordmann 1986, S. 52). Doch 1842 las man bereits in der *Revue de Deux Mondes*, »die wahren natürlichen Grenzen wurden nicht durch Berge und Flüsse bestimmt, sondern durch die Sprache, die Gebräuche, die Erinnerungen, alles, was eine Nation von einer anderen unterscheidet«, ein Argument, das zugegebenermaßen zur Begründung dafür herangezogen wurde, warum Frankreich *nicht* unbedingt den Rhein als Westgrenze anstreben sollte; ebenso wie das Argument, daß »die in Nizza gesprochene Sprache mit dem Italienischen nur eine entfernte Ähnlichkeit [aufweist]«, Cavour als offizielle Entschuldigung dafür diente, warum er diesen Teil des Königreichs Savoyen an Napoleon III. abtrat (Nordmann, S. 55 f.). Die Tatsache bleibt bestehen, daß die Sprache nicht mehr nur in der Innenpolitik bestimmter Staaten, sondern auch in der internationalen Diplomatie zu einem wichtigen Faktor geworden war. Außerdem war sie der einzige Aspekt der Nationalität, wie der Internationale Statistische Kongreß in St. Petersburg bemerkte, der sich zumindest objektiv zahlenmäßig erfassen und in Tabellen darstellen ließ (Brix 1982, S. 90).

¹² Hier und im folgenden stütze ich mich auf Brix (1982); das Zitat stammt von S. 76.

Indem er die Sprache als ein Kriterium der Nationalität akzeptierte, nahm der Kongreß nicht nur eine verwaltungstechnische Perspektive ein, sondern schloß sich auch den Argumenten eines deutschen Statistikers an, der in einflußreichen Veröffentlichungen 1866 und 1869 behauptet hatte, Sprache sei der einzige angemessene Indikator für nationale Zugehörigkeit (Böckh 1866 und 1869). Das war seit langem die Auffassung deutscher Intellektueller und Nationalisten angesichts des Fehlens eines einzigen deutschen Nationalstaats und der über ganz Europa verstreut lebenden Gemeinden, die eine deutsche Mundart sprachen und deren gebildete Mitglieder Hochdeutsch schrieben und sprachen. Das war nicht notwendig gleichbedeutend mit der Forderung nach einem einzigen deutschen Nationalstaat, der alle diese Deutschen in sich einschloß – eine solche Forderung war und blieb völlig unrealistisch¹³ –, und in Böckhs rein philologischer Version ist überhaupt noch nicht geklärt, wie weit ein gemeinsames Bewußtsein und eine gemeinsame Kultur darin eingingen, denn wie wir gesehen haben, rechnete er aus linguistischen Gründen notwendig auch die Sprecher des Jiddischen zu den Deutschen, jenes mittelalterlichen deutschen Dialekts, der zur Universal Sprache der Ostjuden umgebildet wurde. Wie auch immer, auf das Argument der Sprache gestützte territoriale Ansprüche waren nunmehr möglich – die deutsche Kampagne von 1840 hatte das französische Verlangen nach einer Verschiebung der Westgrenze Frankreichs bis zum Rhein aus ebendiesem Grund zurückgewiesen –, und in welcher Form auch immer die Sprache zu ihrer Begründung herangezogen wurde, politisch konnten solche Ansprüche nicht länger ignoriert werden.

Aber was sollte eigentlich genau zahlenmäßig erfaßt werden? An diesem Punkt löste sich die von den Volkszählern vorgetäuschte Analogie von Sprache und Geburtsort, Alter oder Familienstand auf. Die Angabe der Sprache setzte eine politische Vorentscheidung voraus. Der österreichische Statistiker Ficker sprach sich als Wissenschaftler dagegen aus, die Sprache des öffentlichen Lebens zu wählen, die möglicherweise durch die Regierung oder eine Partei der Be-

¹³ Selbst Hitler machte einen Unterschied zwischen »Reichsdeutschen« und »Volksdeutschen«, wobei die letzteren außerhalb der Reichsgrenzen lebten, jedoch die Möglichkeit erhielten, »heim ins Reich« zu kommen.

völkerung aufgezwungen worden war, während dies für seine französischen oder ungarischen Kollegen durchaus akzeptabel war. Aus demselben Grund war er gegen die Kirchen- und die Unterrichtssprache. Dafür bemühten sich die Habsburger Statistiker ganz im Geist des Liberalismus ihres Jahrhunderts, den ständigen Wandel der Sprache und vor allem die sprachliche Assimilierung zu berücksichtigen, indem sie die Bürger nicht nach deren Muttersprache oder (im Wortsinne) nach der Sprache fragten, die sie als erste von ihren Müttern gelernt hatten, sondern nach deren »Familiensprache«, das heißt, nach der »Sprache, deren sich das betreffende Individuum im Familienkreis gewöhnlich bedient« (Brix 1982, S. 94 f.).

Niemand war über diese Gleichsetzung von Sprache und Nationalität glücklich: weder die Nationalisten, weil dadurch Individuen, die in der Familie eine bestimmte Sprache sprachen, daran gehindert wurden, sich für eine andere Nationalität zu entscheiden, noch die Regierungen – auf jeden Fall die des Habsburgerreiches –, weil sie ein heißes Eisen nicht erst anzufassen brauchten, um es als solches zu erkennen. Dennoch unterschätzten sie dessen Selbsterhitzungspotential. Die Habsburger gedachten die Sprachenfrage so lange aufzuschieben, bis die nationalen Gemüter, die sich in dem Jahrzehnt nach 1860 so sichtbar überhitzt hatten, wieder abgekühlt waren. Sie wollten erst 1880 mit dem Zählen beginnen. Kaum einer kam auf den Gedanken, daß allein schon das Stellen einer solchen Frage zu einem sprachlichen Nationalismus führen mußte. Jede Volkszählung wurde zu einem Kampfplatz zwischen den einzelnen Nationalitäten, und alle noch so ausgeklügelten Versuche der Behörden, den Streit zwischen den feindseligen Parteien zu schlichten, blieben erfolglos. Sie produzierten lediglich Monumente einer unvoreingenommenen Gelehrsamkeit wie die Volkszählungen von 1910 in Österreich und Belgien, die nur den Historiker zufriedenstellen. In Wirklichkeit *zwangen* die Volkszählungen mit ihrer Frage nach der Sprache zum erstenmal jedermann, nicht nur eine Nationalität, sondern eine sprachliche Nationalität zu wählen (Brix 1982, S. 114). Die Erfordernisse des modernen Verwaltungsstaates trugen einmal mehr dazu bei, das Aufkommen des Nationalismus zu begünstigen, dessen Wandlungen wir im folgenden Kapitel nachgehen wollen.

Die meisten Nationen reklamieren für sich eine lange Tradition – einen historischen Hintergrund, der zur Festigung des Nationalstolzes und der Identität beiträgt –, und doch reichen nur wenige der heutigen Nationen weiter als in das 19. Jahrhundert zurück. »Die eigene Geschichte falsch zu verstehen«, soll ein früher Experte auf diesem Gebiet einmal gesagt haben, »macht die Nation aus.« Eric Hobsbawm spürt der Geschichte von Nationen und Nationalismus in den letzten 200 Jahren nach und wagt eine Bewertung des Wesens und der Bedeutung dieser Begriffe. So fragt er unter anderem danach, ob der Nationalismus noch der gleiche wie früher ist. Hat dieses Phänomen vielleicht – trotz des Endes der Sowjetunion als Supermacht – seinen Gipfelpunkt schon überschritten? Es ergeben sich eine Reihe von Überraschungen, die Hobsbawm in einem Vorwort zur aktuellen Ausgabe knapp skizziert. Dieter Langewiesche setzt sich vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in seinem Nachwort mit dem Blick Hobsbawms auf Nationen, Nationalismus und Nationalstaaten auseinander.

Eric J. Hobsbawm, geboren 1917, lehrte bis zu seiner Emeritierung Wirtschafts- und Sozialgeschichte am Birbeck College der Universität London. In deutscher Sprache ist zuletzt erschienen *Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert* (2003).

Eric J. Hobsbawm

Nationen und Nationalismus

Mythos und Realität seit 1780

Mit einem aktuellen Vorwort des Autors und
einem Nachwort von Dieter Langewiesche

Aus dem Englischen von Udo Rennert

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Die englische Originalausgabe erschien 1990 unter dem Titel »Nations and Nationalism since 1780. Programme, myth, reality« bei Cambridge University Press, Cambridge/New York/Melbourne

© Eric J. Hobsbawm 1990

Das Vorwort zur Auflage von 2004 übersetzte Beate Sutterlüty.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
ISBN 3-593-37778-0

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede
Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für
Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und
Verarbeitung in elektronischen Systemen.

3. Auflage 2005

Copyright © 1991 für alle deutschsprachigen Rechte bei Campus Verlag GmbH,
Frankfurt/Main

Satz: Fotosatz L. Huhn, Maintal-Bischofsheim
Druck und Bindung: Druckhaus Beltz, Hemsbach
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.campus.de

Inhalt

Vorwort der deutschen Ausgabe von 2004	VII
Vorwort zur deutschen Ausgabe	7
Einleitung	11
I. Die Nation als neuartiges Phänomen: Von der Revolution zum Liberalismus	25
II. Der volkstümliche Protonationalismus	59
III. Nationalismus von oben	97
IV. Die Wandlungen des Nationalismus: 1870-1918	121
V. Der Nationalismus auf dem Höhepunkt: 1918-1950	155
VI. Nationalismus im ausgehenden 20. Jahrhundert	193
Nachbemerkung	223
Nachwort zur Ausgabe von 2004 von Dieter Langewiesche	225
Literaturverzeichnis	242
Register	252